

Entschließungsantrag **der Gruppe der PDS/Linke Liste**

zur Erklärung der Bundesregierung

Der Solidarpakt als Grundlage für die Sicherung des Standortes Deutschland

1. Die Politik der Bundesregierung hat katastrophale Folgen: Im Osten liegt die reale Arbeitslosigkeit zwischen 30 und 40 Prozent. Fast die Hälfte der Beschäftigten der neuen Bundesländer wurde auf den Status von „Wohlfahrtsempfängern“ degradiert. Frauen werden massenhaft aus der Berufstätigkeit gedrängt. Die versprochene Lohnentwicklung wird verhindert. Wohnungsbau findet faktisch nicht statt. Landwirtschaftliche Potentiale werden vernichtet.
2. Der weitgehenden Zerstörung des Wirtschaftspotentials Ostdeutschlands folgt der Abschwung West. Die Arbeitslosenzahlen gehen steil nach oben. Noch dieses Jahr werden im vereinigten Deutschland sechs Millionen Menschen real arbeitslos sein – eine symbolträchtige Zahl, die das letzte Mal in der Weltwirtschaftskrise zu Anfang der dreißiger Jahre erreicht wurde. Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich in der tiefsten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit.
3. Diese Situation ist in erster Linie auf den verfehlten Anschlußkurs der Bundesregierung und ihre seit zehn Jahren praktizierte Wirtschafts- und Sozialpolitik zurückzuführen. Strukturprobleme in Industrie und Landwirtschaft wurden nicht gelöst, ein gegen die Umwelterfordernisse gerichtetes Verkehrssystem ausgebaut, der Wohnungsbau völlig vernachlässigt, ein uneffektives Sozial- und Gesundheitssystem verfestigt. Es hat eine Umverteilung großen Ausmaßes von unten nach oben stattgefunden. Angesichts der weltwirtschaftlichen Rezession brechen diese ungelösten Probleme als ökonomische, soziale und finanzielle Konflikte verschärft aus.
4. Seit Monaten wird über den „Solidarpakt“ für den Osten gestritten und ebensolange wird mit diesem Begriff Schindluder getrieben. Denn Solidarität wird nicht von denen verlangt, die am Anschlußprozeß verdient haben oder von jenen, die seit Jahren Spitzengehälter kassieren. Der sogenannte „Solidarpakt“ hat statt dessen die Niedrigsteinkommen im Visier und zielt auf eine neue Welle des Sozialabbaus. Das wahre Desa-

ster, in dem die Bundesregierung steckt, wird verschleiert. Die Bundesrepublik Deutschland steckt in einer tiefen wirtschaftlichen Krise, die Kassen der öffentlichen Haushalte sind leer und die verfehlte Anschlußpolitik der Bundesregierung ist daraus kaum mehr zu finanzieren.

5. Die Bundesregierung behauptet, der „Solidarpakt“ sei notwendig, um einerseits die „Erblastschulden der sozialistischen Herrschaft“ abzutragen und andererseits die Kosten des „Aufholprozesses in Ost-Deutschland“ gerecht zu verteilen. Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß beides falsch ist. Das finanzielle Desaster ist überwiegend hausgemacht, weil nicht in erster Linie die Altlasten der ehemaligen DDR, sondern die immer stärker anschwellenden Neulasten der Anschlußpolitik die Kassen leeren.
6. Das „Föderale Konsolidierungsprogramm“ stellt eine Bankrotterklärung des Sozialstaats dar. Von den für 1993 vorgesehenen Einsparungen von 2,4 Mrd. DM gehen allein 2,2 Mrd. DM zu Lasten staatlicher Sozialleistungen. Im Vergleich dazu nehmen sich die 650 Mio. DM an geplanten Subventionskürzungen ausgesprochen bescheiden aus. Auch 1994 wird in diesem Bereich nur ein Spareffekt von 2,8 Mrd. DM angesetzt. Fast genausoviel soll die Bundesanstalt für Arbeit in diesem Jahr einsparen. Bis 1996 sind es sogar 8,7 Mrd. DM, die hier weniger ausgegeben werden sollen. Das bedeutet entweder einen weiteren drastischen Leistungsabbau oder noch weniger ABM und andere beschäftigungspolitische Maßnahmen. Die Bundesregierung weist zwar stets darauf hin, daß zur finanziellen Ausgewogenheit auch ein Abbau von Steuervergünstigungen und Subventionen vorgesehen sei, bei genauer Betrachtung zeigt sich jedoch, daß hier im gleichen Zeitraum nur 17 Mrd. DM gekürzt werden sollen.
7. Die Aufhebung des Bewilligungsstopps für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie die Bereitstellung von zusätzlich 2 Mrd. DM für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen haben eine weitere Zuspitzung auf dem Arbeitsmarkt nur aufgeschoben. Der im „Solidarpakt“ vereinbarte Zuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit wird nicht ausreichen, da es bereits jetzt bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eine Finanzierungslücke in Höhe von knapp 3 Mrd. DM gibt. Den Mitteln in Höhe von 9,9 Mrd. DM, die für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zur Verfügung stehen, stehen bereits Zusagen mit einem Gesamtvolumen von 12 Mrd. DM gegenüber.
8. Das Solidarpaktkonzept der Bundesregierung reduziert die grundlegenden Probleme auf die Konsolidierung des Bundeshaushaltes. Weil sich der Verzicht auf Steuer- und Abgabenerhöhungen nicht einhalten läßt, beabsichtigt die Bundesregierung, zur Finanzierung der Kosten der Einheit verstärkt in die Kassen der Arbeitslosen-, Renten- und Sozialversicherung zu greifen. Der sogenannte Solidarpakt löst nicht die wirtschaftlichen und sozialen Probleme; er verschärft sie.
9. Die im Konsolidierungsprogramm enthaltenen Finanzierungsvorschläge schonen die Gewinner der Wirtschaftspolitik dieser

Bundesregierung, belasten die sozial schwachen und benachteiligten Bevölkerungsgruppen und verstärken Entsolidarisierungstendenzen. Dieser „Solidarpakt“ ist alles andere als solidarisch. Die Bundesregierung nutzt die gegenwärtige Situation ganz bewußt aus, um sozialstaatliche Regelungen abzubauen und den neokonservativen Kurs schärfer durchzusetzen.

Der Bundestag wolle beschließen:

I.

1. Der Deutsche Bundestag tritt für eine neue Wirtschafts- und Sozialpolitik ein, die nicht lediglich einige Akzente sozialer setzt, sondern den Einstieg in eine generelle wirtschafts- und sozialpolitische Wende sichert und eine Alternative zum „Solidarpakt“ bildet. Denn: Die Probleme resultieren aus den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen, die durch die herrschende Politik verfestigt und durch die gegenwärtige weltwirtschaftliche Krise zugespitzt werden. Unbeschadet der negativen Folgen halten Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen unbeirrt an ihrer Strategie der exportorientierten Rationalisierung des Wirtschaftsstandortes Deutschland durch Reallohnsenkungen und Sozialkürzungen fest.
2. Der Deutsche Bundestag lehnt die Fortsetzung einer solchen Politik ab. Er tritt für eine stärker binnenwirtschaftlich orientierte Wirtschaftsentwicklung ein, die wichtige Reformschritte in Richtung auf eine sozial und ökologisch verträgliche Produktions- und Lebensweise ermöglicht. Die ökonomische Talfahrt kann nur gestoppt werden, wenn weitere Kürzungen bei den Sozialleistungen und die Senkung des Reallohnes verhindert sowie vor allem in Ostdeutschland ein neues innovatives und auf die Umwelterfordernisse ausgerichtetes Wirtschaftspotential gefördert wird.
3. Der Deutsche Bundestag fordert von der Bundesregierung
 - eine aktive Industrie- und Strukturpolitik, in der den Ländern und Regionen eine Schlüsselstellung zukommt;
 - eine Politik, die eine generelle Veränderung im gesellschaftlichen System der Arbeitsteilung anstrebt, um das Recht auf Arbeit durchzusetzen;
 - eine Beschäftigungspolitik, die die vorhandenen Arbeitsmarktinstrumente wirksam nutzt, weiter ausbaut und um neue ergänzt;
 - eine Politik, die den ökologischen Umbau endlich ernst nimmt;
 - eine Politik, die öffentliche Investitionsprogramme für Wohnungsbau, Infrastruktur und Umweltsanierung realisiert;
 - eine Umkehr in der Sozialpolitik, die endlich den Einstieg in die soziale Grundsicherung ermöglicht.
4. Der Deutsche Bundestag spricht sich für eine durchgreifende Demokratisierung des Wirtschaftslebens und der Sozialpolitik

aus. Ohne wirksame gesellschaftliche Kontrolle und Mitsprache durch Gewerkschaften, Umweltorganisationen und andere demokratische Initiativen und Verbände sowie Länder und Gemeinden wird eine wirtschafts- und sozialpolitische Wende nicht durchsetzbar sein.

5. Der Deutsche Bundestag spricht sich gegen eine Optimierung von Krisenverwaltung und Sozialbürokratie aus. Er fordert von der Bundesregierung eine Politik, die allen Menschen die Chance gibt, ihren Lebensunterhalt und ihre Lebensverhältnisse aus eigener Arbeit bestreiten und gestalten zu können.
6. Der Deutsche Bundestag spricht sich für ein Konzept aus, das kurzfristige Maßnahmen für die wirtschaftliche und sozialpolitische Stabilisierung mit mittel- und langfristigen Vorstellungen für eine Wende zu einer sozial und ökologisch orientierten Wirtschaftsentwicklung in Ost- und Westdeutschland verbindet.
7. Der Deutsche Bundestag mißbilligt ausdrücklich die von der Bundesregierung, den Koalitionsfraktionen und der Fraktion der SPD einvernehmlich bekundete Absicht, die Sozialhilfe für Asylbewerberinnen und Asylbewerber zu kürzen und überwiegend in Sachleistungen auszuzahlen.
8. Der Deutsche Bundestag kritisiert, daß viele andere wichtige Fragen unbeantwortet geblieben sind oder ergebnislos in Arbeitsgruppen vertagt wurden. Dieses gilt für den bis 1996 durch Subventionskürzungen und Einsparungen zu erbringenden Einsparbetrag des Bundes von 9 Mrd. DM für die Bahnreform, für die Klärung der Frage, ob der Schienen-Personen-nahverkehr und der öffentliche Personennahverkehr durch die Länder übernommen werden soll, für die von der Bundesregierung, den Koalitionsfraktionen und der Fraktion der SPD angestrebte aufkommensneutrale Reform der Unternehmensbesteuerung, für die Erarbeitung neuer Standards bei den Klärwerken durch Wegfall der dritten Reinigungsstufe und bei der „Technischen Anleitung Siedlungsabfall“, die Überprüfungen von Standards bei öffentlichen Einrichtungen – z. B. beim Wohnungs- und Straßenbau und bei Kindergärten – sowie für einen Verzicht auf die Förderung des Straßenrückbaus. Der Deutsche Bundestag mißbilligt das Fehlen eines Wohnungsbauprogramms für die alten Bundesländer. Er mißbilligt ferner, daß dem Konsolidierungsprogramm keine Gesamtübersicht über die Lage der öffentlichen Schulden, der Haushalte und der öffentlichen Kassen zugrunde liegt. Der Deutsche Bundestag bemängelt, daß weder die Unternehmer noch die Banken, das Handwerk oder die Deutsche Bundesbank am Solidarpakt beteiligt sind.
9. Der Deutsche Bundestag kritisiert, daß dem ab 1. Januar 1995 wieder zu entrichtenden Solidaritätszuschlag auf die Lohn- und Einkommensteuer von 7,5 %, als dessen Ergebnis dem Bund jährlich mindestens 28 Mrd. DM zur Verfügung stehen würden, eine soziale Komponente fehlt. Ferner bemängelt der Deutsche Bundestag, daß das Konsolidierungsprogramm die ungleiche Lastenverteilung vor allem dadurch zementiert, daß auf die Einführung einer Ergänzungsabgabe verzichtet werden soll

und daß Beamte, Selbständige und Freiberufler auch in Zukunft zur Finanzierung der Arbeitsmarktpolitik keinen Beitrag leisten müssen.

II.

Der Deutsche Bundestag erwartet von der Bundesregierung die Vorlage eines wirtschafts- und sozialpolitischen Gesamtkonzepts, das folgende Eckpunkte enthält:

1. Die wirksamere Nutzung der Arbeitsmarktinstrumente muß mit der Schaffung perspektivischer Dauerarbeitsplätze durch eine aktive regionale Struktur- und Beschäftigungspolitik verbunden werden. Eine zentrale Rolle spielt hierbei die öffentliche Finanzierung dringend notwendiger regulärer Arbeitsplätze in den Bereichen humaner Dienstleistungen und Umweltsanierung. Ein Sofortprogramm für die Schaffung von 800 000 bis 900 000 Arbeitsplätzen in den neuen Bundesländern in den Jahren 1993 bis 1995 muß kurzfristig ausgearbeitet werden:
 - 300 000 perspektivische und umweltfreundliche Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe durch Konzentration der Investitionsförderung auf arbeitsplatzschaffende Investitionen und die Anwendung zeitweiliger, degressiver Lohnsubventionen,
 - 200 000 Arbeitsplätze im Bereich humaner Dienstleistungen, insbesondere in den Bereichen Erziehung, Ausbildung, Weiterbildung, soziale Betreuung und Pflege, Kultur,
 - 100 000 Arbeitsplätze im Bereich Umweltsanierung,
 - 250 000 bis 300 000 Arbeitsplätze durch den Übergang zur 35-Stunden-Woche.
2. Der Förderung des Strukturwandels und der Schaffung zukunftsorientierter Arbeitsplätze in den Dienstleistungsbereichen muß eine bedeutende Rolle zukommen. Eine allein industriepolitisch fundierte Vollbeschäftigungspolitik kann es ebenso wenig geben wie die Entwicklung des Dienstleistungssektors ohne eine starke industrielle Basis. Ein Strukturwandel zugunsten humaner Dienstleistungen und eines ökologischen Umbaus muß gesellschaftlich gesteuert werden.
3. Zur Unterstützung dieses Beschäftigungsprogramms müssen die finanziellen Grundlagen der Kommunen verbessert und die kommunalen Zukunftsinvestitionen ausgeweitet werden. Als Sofortmaßnahme sind die investitionswirksamen Zuschüsse für die ostdeutschen Länder und Kommunen um jährlich zehn Mrd. DM zu erhöhen.
4. Die Mittel für die Bundesanstalt für Arbeit müssen um mindestens zehn Mrd. DM jährlich für 1993 bis 1995 erhöht werden, damit die finanziellen Grundlagen für ABM und Beschäftigungsgesellschaften gesichert und erweitert werden. In den Jahren 1993 bis 1995 gilt es, die ABM-Plätze in Ostdeutschland auf von gegenwärtig 325 000 auf mindestens 600 000 und in Westdeutschland von 65 000 auf 150 000 zu erhöhen. Für

ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist eine zeitliche Ausdehnung der ABM-Stellen zu sichern.

5. Die sanierungsfähigen Treuhandbetriebe müssen vorrangig gefördert werden, indem ihnen eine an die Verwirklichung eines Sanierungs- und Modernisierungskonzepts gebundene finanzielle Unterstützung sowie eine mehrjährige Bestands- und Beschäftigungsgarantie zugesichert werden. Die Sanierungskonzepte sind mit den regionalen Struktur- und Entwicklungsvorstellungen zu koordinieren. Zur Finanzierung dieser Maßnahmen bietet sich nach Auffassung des Deutschen Bundestages die Einführung einer Investitionshilfeabgabe für westdeutsche Unternehmen an. Der Kreditrahmen der Treuhandanstalt und der Einsatz von Mitteln der öffentlichen Hand sind so zu erhöhen, daß in den Treuhandbetrieben jährlich Sanierungs- und Modernisierungsinvestitionen in Höhe von 10 bis 15 Mrd. DM durchgeführt werden können.
6. Um den Absatz ostdeutscher Produkte auf den Märkten der neuen Bundesländer zu fördern, sind im Vergleich zu den bisherigen Regelungen wirksamere Maßnahmen auszuarbeiten und verbindlich durchzuführen.

Dies betrifft insbesondere

- höhere Anteile bei öffentlichen Aufträgen,
- Mindestanteile in den Supermärkten,
- zeitweilige steuerliche Erleichterungen – Verzicht auf einen Teil der Mehrwertsteuer.

7. Um den Export ostdeutscher Produkte nach Osteuropa und in die Länder der sogenannten „Dritten Welt“ zu fördern, sind Kreditfonds zur Gewährung günstiger Konditionen an diese Länder von jeweils mindestens 6 Mrd. DM zu sichern sowie Mittel zur Vereinfachung von Import- und Exportgeschäften bereitzustellen.
8. Der Bau von Wohnungen ist auf mindestens jährlich 600 000 zu erhöhen, darunter 450 000 in den alten und 150 000 in den neuen Bundesländern; der Anteil des sozialen Wohnungsbaus für breite Bevölkerungsschichten muß in den nächsten Jahren auf 50 % erhöht werden; in Ostdeutschland muß die Sanierung und Modernisierung von Wohnungen ein besonderer Schwerpunkt werden, für den ein größerer Teil öffentlicher Haushaltsmittel bereitgestellt werden muß; notwendig sind Förderkonzepte für soziale Träger, vor allem für den genossenschaftlichen Wohnungsbau und für die Unterstützung von Selbsthilfegruppen.
9. Der Anteil der Ausgaben für den Wohnungsbau an den öffentlichen Haushalten soll auf mindestens 8 % erhöht werden. Neben eine vollständige Entschuldung der Ost-Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften muß bis 1995 eine Verdoppelung der öffentlichen Investitionen für den Umweltschutz um mindestens 50 % treten. Durch den Bau, die Sanierung und die Modernisierung von Wohnungen sowie den Umweltschutz können sich wesentliche Impulse auf die Kon-

junktur und den gesamten Wirtschaftskreislauf sowie auf die Schaffung von Arbeitsplätzen in den neuen und alten Bundesländern ergeben.

10. Die Politik der Bundesregierung gefährdet die kommunale Selbstverwaltung und Lebensfähigkeit der Kommunen zunehmend. Der Deutsche Bundestag spricht sich dafür aus, das Recht und die realen Möglichkeiten, vor allem auch die finanziellen Grundlagen der Kommunen so zu verbessern, daß wachsende Teile der öffentlichen Angelegenheiten von den Gebietskörperschaften in eigener Verantwortung geregelt und gestaltet werden können. Den Gemeinden und ihren Verbänden sind breitere Mitsprache- und Einspruchsrechte bei Entscheidungen auf allen Ebenen einschließlich im EG-Rahmen einzuräumen.
11. Bis 1994/95 wird infolge des Anschlusses Ostdeutschlands ein zusätzlicher Schuldenberg von wenigstens 450 Mrd. DM (Kreditabwicklungsfonds, Treuhandschulden, sogenannte Altschulden der Wohnungsgesellschaften) anfallen. Zwei Drittel dieser Schulden sind Resultat der Zerstörung des Wirtschaftspotentials und der massenhaften Vernichtung von Arbeitsplätzen in Ostdeutschland infolge des Crashkurses der Bundesregierung zur Einheit.
12. Zur Finanzierung dieses Lastenausgleichs bieten sich aus Sicht des Deutschen Bundestages insbesondere folgende Vorschläge an:
 - Bekämpfung des Betruges bei der Zinsbesteuerung,
 - eine höhere Besteuerung des Vermögens an Immobilien auf Basis des Verkehrswertes unter Berücksichtigung sozialer Mindestgrenzen,
 - die Erhöhung der Erbschaftsteuer unter Beibehaltung der gegenwärtigen Freibeträge.
13. Der Deutsche Bundestag beschränkt sich nicht darauf, die vorhandenen Sozialleistungen gemeinsam mit Gewerkschaften und Verbänden zu verteidigen. Die Kosten der Existenzsicherung dürfen nicht noch mehr auf Kommunen und Familien verlagert werden. Der Deutsche Bundestag erklärt seine Bereitschaft, die soziale Grundsicherung schrittweise einzuführen, damit soziale Schutzrechte und Leistungen dauerhaft gesichert und ausgebaut werden können sowie eine weitere soziale Polarisierung der Gesellschaft verhindert wird.
14. Der Deutsche Bundestag spricht sich für eine soziale Grundsicherung aus, die das soziale Sicherungssystem so ergänzt, daß jedem Menschen, unabhängig von Alter und Geschlecht, von Anwartschaften und Bedürftigkeitsprüfungen, ein individueller Rechtsanspruch zur Sicherung eines menschenwürdigen Lebens zusteht. Dieses kann dadurch gewährleistet werden, daß
 - die Mindesthöhe der Sozialleistungen (z. B. Arbeitslosengeld, Renten) ein Niveau von 50 % des Durchschnittsnettoeinkommens aller abhängig Beschäftigten erreicht;

- bisher nicht oder nur bedingt als anspruchsbegründete Arbeiten anerkannte Tätigkeiten (Kindererziehung, Hausarbeit, ehrenamtliche Tätigkeiten, Pflegetätigkeiten) weitergehende Ansprüche auf Sozialleistungen begründen;
- Kindern und Jugendlichen z. B. durch die Einführung von Stipendien eine elternunabhängige Förderung und weitgehend vor Not und Unsicherheit geschützte Existenz garantiert werden;
- alle Menschen in die Versicherungspflicht einbezogen werden und der Grundsatz – jede Stunde Arbeit ist versicherungspflichtig (und damit der Anspruch auf entsprechende soziale Leistungen fundiert) – verwirklicht wird;
- die Tätigkeit der Träger der Sozialversicherungen und der Sozialleistungen demokratisiert wird.

III.

1. Zur Finanzierung dieser Vorschläge für eine neue Wirtschafts- und Sozialpolitik schlägt der Deutsche Bundestag vor,

- a) den Verteidigungshaushalt drastisch zu kürzen und die Geheimdienste aufzulösen (15 Mrd. DM),
- b) die Bezüge der Spitzenbeamten im öffentlichen Dienst um 20 % zu kürzen, keine Extra-Pensionen für Staatsbeamte vor dem Rentenalter zu zahlen sowie das Ehegattensplitting zu einer wirksamen Förderung für kinderreiche und einkommensschwache Familien umzubauen (10 Mrd. DM),
- c) die die Freibeträge übersteigenden Zinseinkünfte progressiv und wirksamer zu besteuern (10 Mrd. DM),
- d) das Vermögen an Immobilien auf der Grundlage ihrer Neubewertung zum tatsächlichen Verkehrswert höher zu besteuern (10 Mrd. DM),
- e) die Erbschaftsteuer unter Beibehaltung der gegenwärtigen Freibeträge zu erhöhen (10 Mrd. DM),
- f) Banken und Versicherungen eine Zwangsanleihe in Höhe von mindestens 1,5 % der Bruttowertschöpfung abzufordern (15 Mrd. DM),
- g) die 1993 wirksam gewordene Senkung der Vermögens- und Gewerbesteuer (4,5 Mrd. DM) zurückzunehmen sowie auf die im „Standortsicherungsgesetz“ vorgesehene Netto- steuersenkung für Unternehmen zu verzichten (3 Mrd. DM),
- h) von westdeutschen Unternehmen für mindestens fünf Jahre eine Investitionshilfeabgabe in Höhe von 10 % zu verlangen, wobei in die Bemessungsgrundlage der Jahresüberschuß nach Steuern sowie 2 % bis 4 % der Umsätze einfließen sollten (bis zu 28 Mrd. DM).

2. Der Deutsche Bundestag unterstützt darüber hinaus

- eine wirksamere Bekämpfung der Steuerhinterziehung und Wirtschaftskriminalität,

- den Einstieg in eine ökologische Steuerreform anstelle der Regierungsvorstellungen zur Einführung einer Autobahngebühr,
- die Einführung einer Ergänzungsabgabe für Höherverdienende schon ab 1994,
- die Einführung einer Arbeitsmarktabgabe für Minister, Abgeordnete, Selbständige und Beamte.

Bonn, den 24. März 1993

Dr. Gregor Gysi und Gruppe

